



Nr. 532. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 13. November 1878.

## Deutschland.

Berlin, 12. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Superintendenten Pastor Dr. theol. Schmidt zu Anderbeck im Kreise Obersleben den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Pastor Hoffmann zu Lengede im Amt Peine und dem ordentlichen Lehrer, Cantor Kohrt an der Realschule zu Lüneburg, den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Postbeamten Kohlberg zu Schwarzenfelde im Kreise Schlüchtern den königlichen Kronen-Orden vierte Klasse; dem Schulreiter und Küster Kaufmann zu Lübeck den Adler der Inhaber des königlichen Hauss-Ordens von Hohenzollern; sowie den Schullehrern Schulze zu Bombeck im Kreise Salzwedel, Milchendorf zu Wanyard im Kreise Tondern und Laala zu Marienhausen im Unterwesterwald-Kreise das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Director der Pulversfabrik zu Rottweil, Max Duttenhofer, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, und dem emeritirten Schullehrer Petermann zu Uengersheim im Kreise Gebweiler das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat den Lieutenant in der Reserve des Leib-Kürassier-Regiments (Schlesisches) Nr. 1, Majoratsbesitzer Moritz Francisus Bervo Andreas Carl v. Tschirschky-Reichenbach auf Groß-Strehlitz, unter dem Namen „v. Tschirschky-Reichenbach“ den Grafenstand verliehen.

Se. Majestät der König hat den Regierungsrath Schulze aus Königsberg zum Geheimen Finanz-Rath und vortragenden Rath im Finanz-Ministerium ernannt; sowie den beförderten Stadtrath Gustav Adolph Behrmann zu Potsdam, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl gemäß, als befördeten Beigeordneten und zweiten Bürgermeister der Stadt Potsdam auf die gesetzliche Amtsduer von zwölf Jahren bestätigt.

Der Referendar Dr. iur. Klüsmann aus Osnabrück ist zum Advocaten im Bezirk des Königlichen Appellationsgerichts zu Celle mit Anweisung seines Wohnsitzes in Osnabrück ernannt worden.

Berlin, 12. Nov. [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag um 9½ Uhr Meldungen entgegen und arbeitete sodann mit dem Chef des Civilcabinets. Nachmittags um 3 Uhr begab sich derselbe mittels Extrazuges nach Berlin, empfing hier den Reichskanzler Fürsten von Bismarck und kehrte um 5 Uhr nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurück. (R.A.)

○ Berlin, 12. Nov. [Zur Ausführung des § 139 der Gewerbeordnung. — Die Polemik der „Germania“. — Keine Verhandlungen mit dem Herzog von Cumberland. — Communal-Steuer-Gesetz. — Vorarbeiten bezüglich der Tabaksteuer.] Der Handelsminister hat unter dem 5. d. M. eine Verfügung zur Ausführung des § 139 der Gewerbe-Ordnung erlassen, die wir nächstens bringen werden. Zum Verständnis ist nur daran zu erinnern, daß der § 139 unter den Artikel 7 fällt, welcher durch das Gesetz vom 17. Juli 1878, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung eine neue Gestalt gewonnen hat. Der jetzige § 135 der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimmt, daß Kinder unter 12 Jahren in Fabriken überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen; daß die Beschäftigung der Kinder unter 14 Jahren die Dauer von 6 Stunden täglich nicht überschreiten darf; daß Kinder, welche zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind, in Fabriken nur dann beschäftigt werden dürfen, wenn sie einen regelmäßigen Unterricht von mindestens 3 Stunden täglich in der Volksschule oder einer von Staatswegen genehmigten Schule genießen; daß junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren höchstens 10 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen und daß Wöhnerinnen während 3 Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden dürfen. Der jetzige § 139, welcher dreifach geheilt ist, in 139, 139a und 139b, bestimmt eine Anzahl von Ausnahmen des § 135 und auf die Handhabung dieser Ausnahmen bezieht sich eben die Verfügung des Handelsministers. — Die „Germania“ setzt ihre Polemik gegen die „Provinzial-Correspondenz“ unermüdlich fort, ohne jedoch auf die Hauptpunkte, um welche es sich handelt, einzugehen. Das Organ des Centrums macht es der „Prov.-Corr.“ zum Vorwurf, daß dieselbe nicht die Rede Mallinckrodt's abgedruckt habe, in welcher dieser im Jahre 1872 dem Abg. Windthorst im Gegensaß zu dem Urtheil des Fürsten Bismarck attestirte, daß die ganze Fraktion den Abgeordneten für Meppen als eine Perle ansehe, welche in der Fraktion ihre richtige Fassung erhalten habe. Dagegen hat die „Germania“ noch keine Silbe zur Erklärung der Thatache gegeben, daß in der Fraktion Lutherische Particularisten mit den Ultramontanen zusammenwirken. — Offiziös wird dementirt, daß mit dem Herzog von Cumberland Unterhandlungen stattfinden oder stattgefunden haben. Außer dem bekannten Schreiben des Herzogs, in welchem er seine Ansprüche als Präsidenten aufrecht erhält und welches durch die Zusätze bei der Veröffentlichung in Hannover den Charakter eines Manifestes an die vorläufige Bevölkerung erhielt, ist irgend eine weitere Neuflutung des Herzogs nicht erfolgt. Alle entgegengesetzten vielfach verbreiteten Annahmen beruhen auf Meldungen englischer Blätter, welche sich nicht bestätigt haben. — Die commissarischen Verhandlungen über das Communal-Steuer-Gesetz haben innerhalb des Ministeriums zu einer vollen Verständigung geführt und die Einbringung des Entwurfs erscheint gesichert. Von dem Minister des Innern wird auch der lange in Aussicht genommene Gesetzentwurf über die sächsischen Domstifte eingebracht werden. — Die durch mehrere Zeitungen gehenden Mittheilungen über den Stand der Arbeiten bezüglich der Tabakbesteuerungsform werden mit Vorsicht aufzunehmen sein, da die Beratungen der Tabak-Enquete-Commission vor ihrem Abschluß unter dem Siegel der amtlichen Verschwiegenheit stehen und von Rechts wegen weiteren Kreisen nicht zugänglich sein können. Wir können nur so viel hervorheben, daß Grundzüge über die Einführung dieser oder jener Art Tabakbesteuerung für jede dieser Arten ausgearbeitet werden, daß diese Ausarbeitungen aber nicht von Bundesräths und resp. dieser selbst werden sich mit diesem Gegenstand erst befassen, wenn die Tabak-Enquete-Commission ihre Arbeiten vollendet und ihren Bericht erstattet haben wird.

= Berlin, 12. Novbr. [Empfang des Reichskanzlers und der preußischen Minister durch den Kronprinzen. — Vorarbeiten für den Landtag. — Fürst Bismarck.] Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz hat gestern Nachmittag nicht nur den Fürsten Bismarck, sondern auch die sämtlichen preußischen Minister empfangen und mit jedem Einzelnen längere Zeit konferiert. Man vermutet, daß es sich dabei um die Vorlagen für den Landtag und auch wohl um die Eröffnungsrede für denselben gehandelt haben möchte, welche, wie bekannt, von dem Vicepräsidenten des Staatsministeriums Grafen zu Stolberg verlesen werden wird. Das Staats-

ministerium selbst wird in der nächsten Zeit noch mehrere Sitzungen abhalten, in welchen über eine Reihe von wichtigen, für den Landtag bestimmten Vorlagen noch endgültige Entscheidungen getroffen werden sollen. Hierzu gehören u. A. die größeren Entwürfe, welche der Minister für Landwirtschaft vorlegen wird. Hinsichtlich derjenigen Vorlagen, welche das Wasserrecht betreffen, scheint die Entscheidung bereits erfolgt zu sein; es verlautet nunmehr, daß auch bezüglich der Entwürfe auf dem Gebiete des Jagdrechts die bisherigen Schwierigkeiten im Wesentlichen gehoben seien. Es wäre, wenn eine Vorlegung dieser Entwürfe wirklich ermöglicht würde, dies keine geringe Genugthuung für die allerding raslosen Bestrebungen des jetzigen Chefs des landwirtschaftlichen Ressorts; man weiß, daß alle Bemühungen der früheren Minister für Landwirtschaft in dieser Richtung vergeblich waren, und daß Differenzen gerade über die Jagdgesetzegebung den letzten Grund für den Rücktritt des Grafen Königsmark des Vorgängers des Dr. Friedenthal bildeten. — Fürst Bismarck ist heute Nachmittag nach Barzin abgereist. Seine Gemahlin und die Fürstin Odessa folgen ihm dahin. Über die Dauer der Abwesenheit des Fürsten von Berlin, steht z. Z. gar nichts fest; es wird jedoch angenommen, daß der Reichskanzler vor dem Beginn der Reichstagsession schwerlich zu erwarten ist. Es sind alle Anordnungen getroffen, dem Fürsten bezüglich der Reichs- wie der preußischen Landesangelegenheiten die Entscheidung zu überlassen, so daß der Fürst mit dem Geschäftsgange nach wie vor in Verbindung bleibt.

○ Berlin, 12. Nov. [Grundlage für den russisch-englischen Ausgleich. — Zoll- und Steuerfragen im Reichstage. — Disposition für die Landtagsarbeiten. — Angebliche Ministerkandidatur Barnbüler's. — Cooptation für den bleibenden Ausschuß des deutschen Handels-tages. — Handelscongres in New-Orleans. — Wahl zum Altesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft. — Gerichte in Lippe.] In diplomatischen Kreisen wird mit großer Bestimmtheit ausgesprochen, daß der Ausgleich zwischen Russland und England neuerdings auf der Grundlage eingeleitet worden ist, daß die englische Regierung der Türkei beihilflich sein soll zu einer Anleihe, um eine Abschlagszahlung auf die an Russland zu zahlende Kriegsentschädigung leisten zu können. Als Gegenleistung wird Russland auf den Emir Schir Ali wirken und sich gleichzeitig zur Räumung Rumeliens verpflichten. — Aus dem Reichskanzleramt wird neuerdings mitgetheilt, daß die Eisenzollfrage jedenfalls in der bevorstehenden Reichstagsession erledigt wird, da die Eisenenquête-Commission noch im Laufe dieses Monats ihre Arbeiten beendigt. Außerdem hören wir, daß der Reichstag nur mit Finanzzöllen beschäftigt wird und die Revision des allgemeinen Zolltarifs einer späteren Session vorbehalten bleiben soll. — Das Programm für die bevorstehende Landtagsession erweitert sich allmälig in einer Weise, daß gar nicht abzusehn ist, bis zu welchem Zeitpunkt etwa eine Beendigung der Arbeiten in Aussicht genommen werden kann. Viel wird von der rechtzeitigen Einbringung der gesetzgeberischen Vorlagen und der zweckmäßigen Vertheilung der Arbeitszeit abhängen. Man bezeichnet deshalb als wünschenswerth, daß alle Gesetzentwürfe, welche voraussichtlich eine commissarische Vorberathung erfordern, möglichst im Beginn der Session einem der beiden Häuser des Landtags vorgelegt werden. Daß dabei ein Unterschied zwischen dem Herrenhause und dem Abgeordnetenhaus gemacht werden müßt, ist selbstverständlich und auch von der Regierung immer so betrachtet worden. Indes hat sich das Herrenhaus wirklich zuweilen über eine Zurücksetzung beklagen können, die darin lag, daß ihm wichtige Vorlagen, die das Abgeordnetenhaus noch nicht passirt hatten, erst gegen die Mitte oder gar das Ende der Session zur Verberathung zugingen. — Die offiziösen Mittheilungen, nach welchen der Conflict zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Finanzminister Hobrech einen acuten Charakter angenommen hat, sind nach den uns gewordenen Informationen begründet. Es ist Ansicht vorhanden, daß die immerhin erheblichen Differenzen ausgeglichen werden. Unrichtig ist es deshalb, wenn an den früheren württembergischen Staatsminister Thurn. v. Barnbüler als eventuellen Nachfolger des preußischen Finanzministers gedacht wird. Jedenfalls datirt diese Combination aus der Zeit her, in welcher Herr Hobrech weniger geneigt schien, auf die wirtschaftlichen Intentionen des Reichskanzlers einzugehen. — Der bleibende Ausschuß des deutschen Handelstages, welcher bekanntlich aus 18 Mitgliedern besteht, deren Namen bereits veröffentlicht sind, ist im Begriff, die Cooptation von zehn Mitgliedern aus den dazu designirten Plätzen zu vollziehen. Es sind dies: Augsburg, Breslau, Chemnitz, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Hannover, Köln, Nürnberg und Stuttgart. Ob die Wahl auf die früheren Mitglieder des bleibenden Ausschusses fallen wird, läßt sich nicht übersehen. Früher gehörten außer den achtzehn jetzt gewählten Mitgliedern dem ständigen Ausschuß an: Commerzienrat F. Burisch (Hannover), Chevalier (Stuttgart), Alb. Götz-Rigaud (Frankfurt a. M.), Appellations-Gerichtsrath Lombricht (Nürnberg), Edgar Ros (Hamburg), Leopold Schöller (Breslau), Geh. Commerzien- und Admirals-Rath Stephan (Berlin). — Die großen Handelscorporationen Deutschlands sind kürzlich eingeladen worden, an einem Congres in New-Orleans teilzunehmen, welcher sich zur Aufgabe stellt, die Verkehrs erleichterungen auf dem amerikanischen Continent mit jenen des europäischen Continents in Verbindung zu bringen. In erster Linie wünschen die Amerikaner, die dort erforderlichen Arbeiten in Angriff zu nehmen. Demgemäß handelt es sich zunächst um die Regulirung des Mississippi und seiner Nebenflüsse, die Herstellung einer Süd-Pacificbahn, die Verbesserung der Verbindung zwischen Nordamerika und Mexico, Südamerika und den westindischen Inseln. Es ist noch nicht entschieden, ob die deutschen Handelscorporationen Delegaten nach New-Orleans entsenden werden. — Vor einigen Tagen versammelten sich die unter der Führung des Generalconsuls Eisermann stehende Partei, welche sich die Reform des Altestenkollegiums der Berliner Kaufmannschaft zur Aufgabe machte. Die Reformpartei einigte sich mit denjenigen, welche sich den Schutz der deutschen Industrie und des Gewerbes zur Aufgabe machen, um bei der bevorstehenden Wahl von 7 Mitgliedern zum Altestenkollegium gemeinsam die Kandidaten aufzustellen. In erster Reihe befinden sich unter diesen: der Führer des Centralverbandes deutscher Industrieller, Fabrikbesitzer Reimann, Generaleconomi Eisermann, Commerzien-Rath Mannheimer und der Fabrikbesitzer

Schöppenberg. — Die Unterhandlungen zwischen der preußischen und fürstlich-lippischen Regierung wegen Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts sind bekanntlich gescheitert, da die letztere darauf bestand, daß das Gericht in Detmold seinen Sitz haben und seine Kompetenz von hier aus über die beiden preußischen Kreise Hameln und Rinteln erstrecken müsse. Vom Detmolder Landtage wird jetzt der erforderliche Credit für ein eigenes Landgericht verlangt, das den 112,000 Bewohnern des Fürstentums thuerig genug zu stehen kommen wird. Auch sonst scheint man in Lippe die neue Gerichtsorganisation mit großer Opulenz ins Werk zu setzen. So soll beispielsweise das Amtsgericht Salzuflen mit zwei Richtern besetzt werden, obgleich es nur 8745 Inassen zählt, während der Justizminister in Preußen auf einen Amtsrichter etwa 10,000 Seelen rechnet und ursprünglich noch mehr rechnen wollte.

[Verbot auf Grund des Reichs-Gesetzes vom 21sten October 1878.] Die im Verlage der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei (E. G.) zu Berlin eröffneten Druckschriften: Die Zukunft. Socialistische Revue, 2. Jahrgang, Heft 1/2. 15. October 1878. Die 1869, 1870 resp. 1872 im Selbstverlage von M. Rittinghausen in Köln eröffneten nicht periodischen Druckschriften: Socialdemokratische Abhandlungen: Die Philosophie der Geschichte — „Über die Notwendigkeit der direkten Gesetzgebung durch das Volk“ — „Über die Organisation der direkten Gesetzgebung durch das Volk“. Der Verband der deutschen Maler, Lackier und Vergolder in Leipzig. Das von der Berliner Polizeidirection ausgegangene Verbot der nachstehenden, im Verlage der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei, beziehungsweise von E. Ibring Nachfolger in Berlin eröffneten Druckschriften von Ferdinand Lafaille: 1) An die Arbeiter Berlins. Eine Ansprache im Namen der Arbeiter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. 2) Offenes Antwortschreiben an das Central-Comite zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Congresses zu Leipzig. 3) Arbeiter-Lesbuch. Rede Lassalle's zu Frankfurt a. M. am 17. u. 19. Mai 1863, wird von der Kreishauptmannschaft in Leipzig auch auf die gleichlautenden und unter denselben Titeln von dem Lassalle'schen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu Leipzig (S. Möhling) veröffneten Druckschriften eröffnet. Der Gefangenverein Lassallia in Pforzheim. Die Metallarbeiter-Gewerkschaftschaft in Gera.

[Der Kaiser in Wiesbaden.] Der „Nat. - Ztg.“ geht aus Wiesbaden vom 13. d. folgendes Privat-Telegramm ihres Special-Correspondenten zu: Gestern Abend fand eine Illumination des Rathauses und der evangelischen Kirche, ein Fackelzug aller hiesigen Vereine und vor dem königl. Palais eine Serenade sämtlicher Gesangsvereine unter Mitwirkung von Opermitgliedern statt. Der Kaiser dankte der städtischen Deputation und sprach sich im Wesentlichen der selben gegenüber, wie folgt, aus:

Der mir bereitete Empfang und die Ovationen haben mir wohlgethan; die körperlichen Schmerzen habe ich weniger empfunden, als ich es empfand, aus der gewohnten Thätigkeit herausgerissen zu sein. Ich hoffe jedoch, diese Thätigkeit bald wieder aufzunehmen zu können, nachdem ich die Wiesbadener Thermen gebraucht haben werde. Gegen verbrecherische Tendenzen ist jetzt ein Gesetz geschaffen, das auch in anderen Staaten Nachahmung finden wird, denn die Gefahr ist eine gemeinschaftliche.

Königsberg, 11. Novbr. [In Sachen des Jacoby-Denkmales] veröffentlicht die „Königsb. Hartungsche Z.“ folgende Correspondenz: Dem Magistrat ist seitens der Aussichtsbehörde die Anweisung zugegangen, die Jacoby-Büste aus dem Sitzungssaale der Stadtverordneten zu entfernen. Die betreffende Verfügung der kgl. Regierung lautet:

Königsberg, den 8. Novbr. 1878. In dem Sitzungssaale der Stadtverordnetenversammlung hierelbst ist die Büste von Dr. Joh. Jacoby aufgestellt worden. Durch diesen Vorgang ist innerhalb der Bürgerschaft und in den Kreisen des befreiteten Publikums eine so tiefe Verstimming hervorgerufen worden, daß darin eine Verleumdung des Gemeinschafts eröffnet werden muß. Mit Bezug auf den an Se. Ex. den Herrn Oberpräsidenten gerichteten und an uns zur Verfügung abgegebenen Bericht vom 4. d. M. werden Einwohnerlebren hiermit angezeigt, die auf die Aufstellung der Büste bezüglicher Beschlüsse des Magistrats, gemäß § 57 Abs. 2 der Städte-Ordn. vom 30. Mai 1853 ohne Verzug zu beanstanden, den früheren Zustand durch Entfernung der Büste wieder herzustellen und daß solches geschehen ist, diesseits binnen 3 Tagen anzugeben.

Nach § 56 Nr. 3 a. a. O. hat der Magistrat die Gemeindeanstalten, zu welchen das Rathaus resp. das darin befindliche Sitzungszimmer der Stadtverordneten gehört, zu herstellen. Dem auf die Aufstellung der Büste bezüglichen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung kann keine entscheidende Bedeutung beigelegt werden, da der Beschluß keine Gemeindeangelegenheit betrifft und somit über die Beschlussbefugniß der Stadtverordneten hinausgeht.

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern. Schönian.

An den Oberbürgermeister Herrn Selke, Hochwohlgeboren hier. Darauf hat Herr Oberbürgermeister Selke an den Vorsitzenden des Comites für die Jacoby-Stiftung folgende Zuschrift gerichtet:

Königsberg, 8. November 1878. Euer Hochwohlgeboren hiermit angezeigt, daß der heute von der königlichen Regierung an mich erlassenen Verfügung mit dem ergebenen Erlauben, bis Montag, den 11. d. M. Abends, die Büste Dr. Joh. Jacoby's aus dem Sitzungssaale der Stadtverordneten zu entfernen. Andernfalls wäre ich genötigt, die Entfernung meinerseits zu bewirken und die Büste auf Gefahr des Comites anderweitig in Verwahrung zu nehmen. Selke, Oberbürgermeister.

Auf dieses Schreiben hat Herr Prof. Dr. Möller folgende Antwort erlassen:

Euer Hochwohlgeboren beeitre ich mich, Namens des Comites für die Jacoby-Stiftung auf das gesällige Anscheinen vom heutigen Tage zu erwidern, daß wir uns außer Stande seien, bis übermorgen Abend die Büste Jacoby's anderweitig unterzubringen, da uns kein irgend dazu geeigneter Platz zur Verfügung steht. Wenn wir uns damit einverstanden erklärten, die gegenwärtige Aufstellung der Büste als eine provisorische zu betrachten, so gehabt dies in der Voransetzung, daß man derselben die einmal eingeräumte Stätte wenigstens ein halbes oder ganzes Jahr gönnen würde, bis sich im Laufe der Zeit eine andere passende Localität ausmitten ließe. Den auf unseren Antrag gefaßten Gemeindebeschluß als nicht geschehn zu betrachten, haben wir unsererseits um so weniger Verlassung, als wir weder von einer „tiefen“ Verstümung innerhalb der Bürgerlichkeit etwas bemerkt haben, noch einzugeben vermogen, wie die Aufstellung der Büste eines verehrten Bürgers „das Gemeindewohl verlezen“ soll. Euer Hochwohlgeboren müssen wir daher lediglich anheim geben, die Verfügung der königl. Regierung zur Ausführung zu bringen. Euer Hochwohlgeboren gehörte u. s. w.

Schleswig, 10. Novbr. [Die Ansprüche der Herzogin Wilhelmine von Glücksburg.] In einigen Provinzialblättern ist behauptet worden, wohl namentlich auf Grund von Andeutungen dänischer Blätter, daß die Witwe des Herzogs Carl von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, die Herzogin Wilhelmine, ihren Wohnsitz nach ihrer Geburtsstadt Kopenhagen verlegen werde. Diese Behauptung ist unbegründet. Herzog Friedrich hat der Witwe seines verstorbenen Bruders Schloss Glücksburg als Wohnsitz überlassen und dort wird dieselbe ihren dauernden Aufenthalt nehmen. Herzog Friedrich

selbst wohnt noch auf dem Gute Grünholz in Schwansen und wird dort auch den Winter seiner angegriffenen Gesundheit wegen bleiben. Erst im Sommer des nächsten Jahres gedenkt er nach dem Schlosse Lousenlund überzusiedeln. Wie es heißt, soll jetzt auch Aussicht vorhanden sein, daß die zwischen den Glücksbürgern und dem preußischen Staate schwelenden Verhandlungen wegen Entschädigung für die von der früheren dänischen Regierung eingezogenen und auf Preußen übergegangenen holsteinischen Gebietstheile der Glücksbürger Linie ihre Erledigung finden werden, da der jetzige Herzog zu einem gütlichen Vergleich und zu einer wesentlichen Herabniederung der von dem verstorbenen Herzog Carl erhobenen Ansprüche geneigt sein soll.

### Italien.

Nom. 5. Novbr. [Über Banardelli's Rede] schreibt man der „R. 3.“ von hier: Die Rede, welche der Minister des Innern, Banardelli, am Sonntag vor seinen Wählern in Iseo hielt, ist den hiesigen Blättern erst gestern Nachmittags in einem Telegramm mitgetheilt worden, welches eine ganze Seite der gestrigen Abend- und der heutigen Morgenblätter füllt. Dieser telegraphische Kurzus ist der Grund, weshalb keines der größeren Blätter sie noch bespricht. Ein geschicktes gemachtes Refumé von fünfzig Zeilen hätte den Zweck wahrscheinlich besser erfüllt; aber offenbar wollte Banardelli, daß die Rede gleich nahezu vollständig bekannt werde. Der Eindruck, den sie macht, ist mehr derjenige einer forensischen als einer politischen Rede. Der Minister wollte seine Auffassung des Vereins- und Versammlungsrechtes gegen die Angriffe der Rechten vertheidigen und that dies mit einem großen Aufwand von theoretischen Gründen. Er sagte viele ganz vortreffliche Dinge, wie sie selten aus dem Munde eines Ministers gehört werden, und verwahrt sich energisch gegen eine schrankenlose Freiheit. Aber, wenigstens nach meiner beschiedenen Meinung, den Beweis, daß Vereine und Volksversammlungen mit dem eingestandenen Zweck, die zu Recht bestehende Verfassung des Staates zu stürzen, gebuldet werden müssen — und darum dreht sich doch die Controverse — und daß eine liberale Regierung dem offensiven Missbrauche verfassungsmäßiger Freiheitsrechte nicht steuern könne, hat Banardelli nicht erbracht. Dies ist die schwache Seite des politischen Doctrinismus, daß er vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen will und über abstrakte Prinzipien die concreten Bedürfnisse des Staatslebens vergibt. Banardelli müßte nicht der auch von seinem Gegner geachtete Charakter sein, wenn er die tolle Agitation für die Italia irredenta und die Circoli Barsanti nicht auf schärfste verurtheilt hätte; aber er scheint nicht gehaft zu haben, daß er durch dieses moralisch und politisch wohl begründete Urtheil sich mit seiner ganzen Theorie des Vereins- und Versammlungsrechtes in Widerspruch gesetzt, und daß in diesem concreten Falle der Ehrenmann in ihm über den politischen Doctrinär gesiegt hat. Auch in seiner Polemik gegen Minghetti hatte er einige glückliche Momente. Über die Wahlreform, welche fogleich dem Parlament vorgelegt werden soll, sagte er nichts Neues: die Ausdehnung der activen Wahlfähigkeit auf alle des Lebens und Schreibens kundigen Staatsbürger begründete er durch den allgemeinen Schulzwang, welcher jedem Staatsbürger die Pflicht auferlegt, sich eine gewisse Summe elementarer Kenntnisse zu erwerben, und ihn dadurch gegen die Gefahr schützt, ein blindes Werkzeug der Unwissenheit oder des Überglaubens in einer gefährlichen Hand zu werden. Banardelli vergibt, daß die allgemeine Verbreitung elementarer Volksbildung in Deutschland das deutsche Parlament und den preußischen Landtag gegen das Eindringen der Socialisten und einer starken clericalen Minorität nicht geschützt hat, und daß auch die italienischen Clericalen sich mit dem Schulzwang bald absindern werden, wenn er ihnen den Zugang zur italienischen Kammer ermöglicht. Erfreulicher als dieser Optimismus ist die Mittheilung Banardelli's, daß die Wahlreform die Zahl der Wähler von 600,000 auf etwa 1½ Millionen bringen soll. Sehr bescheiden ist die vom Minister angekündigte Reform des Gemeindegesetzes, welche selbst bei der Opposition der Rechten keinen Widerstand finden dürfte. Die Organisation des Schülervwesens unter der Aufsicht des Kriegsministeriums begründet Banardelli durch die Vortheile, welche es der Landesverteidigung gewährt, und durch die Absicht, die Bildung gesetzwidriger Schülervereine zu verhindern. Banardelli schloß mit einem Toast auf den König und die Königin; herzlichere, wärnere Worte ohne jeglichen Beigeschmack von Servillität, der oft solche Kundgebungen verleiht, hätte keine politische Persönlichkeit von der äußersten Rechten finden können, wie dieser demokratische Minister, welcher den bürgerlichen Tugenden und dem Freisinn des jungen Königs öffentlich die unbedingteste Anerkennung zollt.

Nom. 7. Novbr. [Italien und der Vatican.] Was man nur aus dem Vatican her vernimmt, alles, schreibt man der „R. 3.“, zeigt von unerschöpfer Liebenswürdigkeit gegen Italien. Das Neueste sind Anweisungen, die der Reichskanzler des Papstes für den italienischen Episkopat als Regel für sein Verhalten den Behörden und der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber ausarbeiten läßt. Mit der alten Widervorstigkeit im amtlichen und geselligen Verkehr — dem letzten Bollwerke, in das sich das Non possumus der höheren Geistlichkeit zurückgezogen hatte — ist's aus. Die Bischöfe, so etwa lautet die neue staatsbürgerliche Anstandsordnung, sollen ihres Amtes walten nicht nur als geistliche Herren, sondern als Bürger im vollen Sinne des Wortes. Sie sollen den Beziehungen zur weltlichen Obrigkeit nicht aus dem Wege gehen, sondern vielmehr suchen, in gutem Einvernehmen mit derselben zu bleibken, indem sie allen Geboten der Höflichkeit nachkommen. Ja, sie sollen sogar die ersten sein, das Beispiel bürgerlicher Dulding zu geben, auf daß in den Diözesen Friede und Eintracht herrsche zwischen bürgerlicher und kirchlicher Gewalt. Zu illustriren wäre das Verhältniß etwa so: zwei Flüsse einträchtig zusammen im selben Bau. Wer von den beiden wird dem andern zu schlau sein?

[In der Vertretung Spaniens beim Vatican] steht eine Veränderung bevor, indem der bisherige Ambassadore Herr de Cardenas nach Madrid gehen soll als Präsident des Staatsrats. Die Mission dieses Diplomaten war von vornherein nur eine gelegentliche und vorübergehende, indem seine Hauptaufgabe war, für die Beseitigung des Conflicts zwischen dem Concordat und der neuen Verfassung zu wirken. Dieses Penum wird als erfüllt angesehen.

### Frankreich.

Paris, 10. Nov. [Post- und Telegraphenwesen.] Zum Schulwezen. Der Budgetausschuß, schreibt man der „R. 3.“, ist fleißig an der Arbeit, und diese Arbeit wird ihm im Ganzen leicht: Frankreich hat in den materiellen Fragen entschieden wieder sein fröhleres Feld erobert. Dazu hat beigetragen, daß es sich mehr um die Nachbarländer kümmert und das Gute, wo es dasselbe findet, nachahmt und verbessert. Zu den Glanzpartien der jüngsten Finanzperiode gehört die Post- und Telegraphenreform und die Verschmelzung beider Verwaltungen. Parent begann in der vorigestrichen Sitzung des Budgetausschusses und beendete in der gestrigen die Lesung seines Berichtes, der aus mehr als einem Grunde beachtenswert ist. Es ist das erste Mal, das die Kammer über die Wirkungen der neuen Reformen in diesen jetzt vereinigten Zweigen unterrichtet wird. Die Ver-

schenzung ist fast vollständig bewirkt, die bedeutendsten Schwierigkeiten sind überwunden und Beamte und Publikum haben ihre Freude an der Sache. Die Zunahme in der Anzahl der Telegramme durch die telegraphische Reform kann auf ungefähr 50 p.C. geschätzt werden, und seit der Einführung des neuen Tarifs sind erst fünf Monate vergangen. Für die Briefe halb die Anzahl liegt in diesem bedeutenden Maße zugenommen; aber der Zuwachs übersteigt doch 25 p.C. Was die finanziellen Folgen betrifft, so ist jetzt schon festgestellt, daß die Telegraphenverwaltung statt wie früher ein Deficit, einen Überschuss ergeben wird, der zum ersten Mal dem Staatschaz eine Mehreinnahme von drei und einer halben Million gegen die Voranschläge des Budgets sichert. Für die Post bestirktete man für das erste Jahr ein Deficit von achtzehn Millionen, die Ergebnisse des verflossenen Halbjahrs erlauben aber jetzt schon festzustellen, daß es keine zwölf Millionen übersteigen werde; das nächste Jahr wird das Deficit nur noch sechs Millionen betragen und mit dem Jahre 1879 ganz verschwinden. Der Bericht Parent's geht in alle Einzelheiten der Verschmelzung der beiden Verwaltungszweige ein. Der von Bardou gestern eingebrachte Gesetzentwurf über die Gründung einer Kasse für die Lyceen und Communalgymnasien lautet im Wesentlichen: Es wird den Lyceen eine Summe von 108 Mill. Francs zur Verfügung gestellt, wovon 100 Millionen für die Gebäude und 8 Millionen für das Schulmaterial. Außerdem wird den Communalgymnasien eine Summe von 12 Millionen zur Verfügung gestellt. Diese 120 Millionen vertheilen sich wie folgt: 60 Millionen für die Stipendien und 60 Millionen für die Vorschüsse oder Anlehen.

### Belgien.

Brüssel, 9. November. [Der Prozeß gegen Eugen Taint de Roedenbeck.] Am 4. November, schreibt man der „R. 3.“, haben die Verhandlungen dieses Prozesses vor dem Amtsgericht von Brabant begonnen, nachdem die Voruntersuchung beinahe drei Jahre gedauert hat. Es handelt sich um Unterschlagungen und Diebstahl von unerhörtem Betrage, sie belaufen sich auf mehr als 16 Millionen Francs, die Taint im Verlaufe von drei Jahren aus den Depositen bei der Banque de Belgique entwendt hat. Mitangklagt ist der Gouverneur der Bank, Fortamps, der sich wenigstens sehr großer Nachlässigkeit und Unanständigkeit schuldig gemacht hat. Die vier Directoren der Bank, anfangs auch zur Verantwortung gezogen, sind von der Anklagekammer entlassen worden; vier Beamte der Bank, ebenfalls der Mitschuld angelagt, sind ebenfalls freigesprochen, neun Wechselagenten und Marie Collard, die Maitresse des Taint, wegen Habserei angelagt, desgleichen, und von den neuzeitlich eingesetzten Agenten sind nur Taint und Fortamps vor die Amtsgerichte befragt. Fortamps stellte erst am 25. September eine ganz oberflächliche Untersuchung an, wobei er den Inhalt des Portefeuilles gar nicht prüfte. Taint behauptet das volle Vertrauen und man nahm den gegen ihn erhobenen Verdacht als eine Verleumdung auf. Nun blieb aber noch die Gefahr der Verleumdung durch den Director Baudevin, zu welcher sich dieser im October endlich entschloß. Taint, dem man alle Zeit gelassen, konnte seine Maßregeln treffen, um die Untersuchung illusorisch zu machen, indem er mehrere Abende nach Schluss der Bank falsche Register fertigte und am Selle der echten brachte. Es wurde ihm um so leichter Baudevin zu täuschen, als die ganze Untersuchung mit seiner Hilfe vorgenommen wurde; er selbst gab jeden Morgen an, welche Portefeuilles geprüft werden sollten, und so konnte er sogar aus den bereits geprüften Portefeuilles die Wertpapiere entnehmen, um die noch nicht geprüften damit in Ordnung zu bringen. Es blieb aber doch einiger Verdacht an Taint bestehen, und einer der Administratoren der Bank, Sabatier, setzte es durch, daß am 6. Novbr. ein neues Reglement für die Verabhandlung der Depositen festgestellt wurde, welches fernere Diebstähle unmöglich gemacht hätte, wenn es wirklich streng befolgt worden wäre, was aber nicht geschieh. Inzwischen hatte ein Secretär der belgischen Gesandtschaft in Paris, Neyt, beunruhigt durch Gerüchte über den Stand der Banque de Belgique, seine bei der selben deponirten Werthe zurückfordert. Man gab sie ihm heraus, aber er entdeckte, daß die Nummern der Stücke andere waren, als die er früher befehlten hatte. Taint mußte aber auch diesen auffallenden Umstand zu erklären und so blieb er im alten Vertrauen bis zum März 1876. Taint war 1875 als Supernumerar bei der Banque de Belgique eingetreten und allmählich zum Bureauchef aufgerückt. Er hatte nur 4200 Fr. Gehalt, aber sein Einfluß war nach und nach so groß, daß er 1875 die Bedeutung eines Administrators hatte oder sogar eine noch größere. Seit drei Jahren etwa hatte der Gouverneur Fortamps den ganzen Verlehr mit den Wechselagenten in Kauf und Verkauf an Taint überlassen und auch andere Geschäfte wurden mit ihm und durch ihn abgemacht; Fortamps überließ ihm Alles und in der letzten Zeit gingen die Weisungen des Gouverneurs an die Beamten auch durch die Vermittelung von Taint. Ein besonderer Fall zeigt, welch eine bedeutende Persönlichkeit Taint bei der Bank war. Im Mai 1875 brauchte die Bank vier Millionen Francs, um Ausfälle bei der Gesellschaft der Bausins Houillères zu decken. Fortamps biß es nicht für nötig, den Verwaltungsrath darüber zu befragen, sondern gab einfach Taint den Auftrag, zur Beschaffung dieser Summe die nötigen Schritte zu thun. Befragt, wann er die ersten Unterschlagungen begangen, giebt er den Anfang von 1875 an, zur Zeit des Sturzes von Philippart. Er behauptet, 1873 zwei Millionen besessen zu haben und ein Einkommen von 150.000—200.000 Francs. Er behauptet, nach dem Sturze Philippart's nur im Interesse der Bank eine große Menge von Aktien derselben gekauft zu haben, um dieselben steigen zu machen, wie er das auch schon früher gethan hatte. Sein ganzes Vertheidigungssystem besteht darin, daß er nur zum Besten der Bank gehandelt habe, und erst als die dabei erlittenen Verluste über seine Mittel gestiegen seien, habe er sich genötigt gesehen, die Depositen anzugreifen. Die Geschäfte, die Taint an der Börse machte, waren von der größten Bedeutung. Einige Zahlen werden es zeigen. Von 1868 bis 1872 hat Taint durch den Wechselagenten de Bud und dessen Correspondenten an der Börse von Paris und an anderen Plätzen in Speculation auf Terminus, also geradezu im Börsenspiel Anläufe gemacht von 462,123,293 Francs, Verkäufe von 461,328,716 Francs, er verlor dabei 833,677 Francs. Die Courtaige für diese Geschäfte belief sich auf 837,131 Francs. Durch denselben Wechselagenten und in der selben Zeit handelte Taint auf Comptant-Berlauf 1,496,172 Fr. Antlauf 149,916 Fr. Durch den Agenten de Porre zwischen 1867 und 1872 mache Taint Geschäfte auf Termin: Antläufe 107,758,607 Fr. Verkäufe 107,291,972 Fr. Verlust 454,635 Fr. Die Kurtagte beträgt 187,376 Fr. Er hat aber auch noch mit 20 oder 25 anderen Agenten gearbeitet. Der Anklageact beschuldigt ihn, 42 falsche Register verfertigt zu haben, um seine Diebstähle zu verdecken und fortsetzen zu können; ferner soll er 27 Conto-Currents gefälscht haben, um sich Geld zu seinen BörsenSpeculationen zu schaffen. Diese Fälschungen hat Taint größtentheils eingestanden. Vermittelst der 27 gefälschten Conto-Currents hat er 3 Millionen entwendt; vom December 1875 bis zum Tage der Flucht hat er auf verschiedene Rechnungen, indem er den Namen der Betreffenden missbraucht, Zahlungen bis zum Berlauf von 1,350,000 Fr. etwa erhoben. Die Bank verliert durch die gefälschten Conto-Currents mehr als 1,900,000 Fr.

wechselte solche um, man mußte Coupons abschneiden usw. Zu allen diesen Operationen mußte man die Portefeuilles dem festen Gewölbe entnehmen. Ich schrieb also auf einen Zettel an Heybart, der den Schlüssel hatte: Ich brauche dieses oder jenes Portefeuille. Heybart ging dann selbst mit einem Kassierdiener oder dem Beamten Demontier und öffnete das Gewölbe. Seine Begleiter stiegen dann in das Gewölbe hinab und holten die verlangten Portefeuilles. Hatte ich sie einmal in meinem Bureau, so konnte ich die Papiere herausnehmen, ohne daß jemand bemerken konnte, was ich damit mache. Heybart prüfte niemals die Portefeuilles, weder wenn sie mir ausgehändigt wurden, noch wenn ich zurückgab. Er hatte das volle Vertrauen zu mir.“ In diesem blinden Vertrauen, welches Taint genoss, ist allein die Möglichkeit der Vorgänge zu finden, und dieses Vertrauen blieb ihm noch, als selbst schon verdächtige Thatsachen bekannt geworden waren. Der Banquier und Senator Bischoffsheim hatte nämlich bei der Bank ein bedeutendes Depositum, wesentlich bestehend aus 1358 Prioritäts-Aktionen der Bahn Namur-Lüttich. Im September 1875 sah Bischoffsheim zufällig in den zweimonatlichen Berichten, welche den Actionären zu geben waren, daß zwei Posten, der eine von 400, der andere von 700 Prioritätsaktionen reportirt waren, und da er schon früher ein großes Vertrauen zu Taint gehabt hatte, kam er auf den Gedanken, daß diese Aktionen die seining sein könnten. Um sich darüber Gewissheit zu verschaffen, schrieb er am 17. Septbr. an Taint, daß er folgenden Tages mehrere Werthe aus seinem Depositum entnehmen werde und namentlich die 1358 Prioritätsaktionen Namur-Lüttich. Am folgenden Tage wurden ihm seine Prioritätsaktionen richtig ausgeliefert, aber da er sich zugleich mit dem Banquier Bauer bei der Reportklasse genau erklungen, stellte es sich heraus, daß Taint in der That zwei Mal Aktionen reportirt hatte, nämlich 400 am 21. Mai und 300 am 15. Juni 1875. Er erfuhr auch, daß Taint am 17. September in großer Eile die 700 Aktionen zurückgenommen und sie durch 400 Obligationen der Grand Luxembourg-Eisenbahn ersetzt hatte. Bischoffsheim fand es würdig, Fortamps von dem Vorfall zu benachrichtigen, dieser aber befand sich gerade in England, und deshalb wandte sich Bischoffsheim an den Gouverneur der Banque Nationale, Prévinain, einen Schwager von Fortamps. Auf die Mittheilung Prévinain's kam Fortamps zurück, aber Taint wußte ihm die Gläubiger beizubringen, daß er mir aus Versehen seine eigenen Aktionen mit denen von Bischoffsheim verwechselt habe. Fortamps stellte erst am 25. September eine ganz oberflächliche Untersuchung an, wobei er den Inhalt des Portefeuilles gar nicht prüfte. Taint behauptet das volle Vertrauen und man nahm den gegen ihn erhobenen Verdacht als eine Verleumdung auf. Nun blieb aber noch die Gefahr der Verleumdung durch den Director Baudevin, zu welcher sich dieser im October endlich entschloß. Taint, dem man alle Zeit gelassen, konnte seine Maßregeln treffen, um die Untersuchung illusorisch zu machen, indem er mehrere Abende nach Schluss der Bank falsche Register fertigte und am Selle der echten brachte. Es wurde ihm um so leichter Baudevin zu täuschen, als die ganze Untersuchung mit seiner Hilfe vorgenommen wurde; er selbst gab jeden Morgen an, welche Portefeuilles geprüft werden sollten, und so konnte er sogar aus den bereits geprüften Portefeuilles die Wertpapiere entnehmen, um die noch nicht geprüften damit in Ordnung zu bringen. Es blieb aber doch einiger Verdacht an Taint bestehen, und einer der Administratoren der Bank, Sabatier, setzte es durch, daß am 6. Novbr. ein neues Reglement für die Verabhandlung der Depositen festgestellt wurde, welches fernere Diebstähle unmöglich gemacht hätte, wenn es wirklich streng befolgt worden wäre, was aber nicht geschieh. Inzwischen hatte ein Secretär der belgischen Gesandtschaft in Paris, Neyt, beunruhigt durch Gerüchte über den Stand der Banque de Belgique, seine bei der selben deponirten Werthe zurückfordert. Man gab sie ihm heraus, aber er entdeckte, daß die Nummern der Stücke andere waren, als die er früher befehlten hatte. Taint mußte aber auch diesen auffallenden Umstand zu erklären und so blieb er im alten Vertrauen bis zum März 1876. Taint war 1875 als Supernumerar bei der Banque de Belgique eingetreten und allmählich zum Bureauchef aufgerückt. Er hatte nur 4200 Fr. Gehalt, aber sein Einfluß war nach und nach so groß, daß er 1875 die Bedeutung eines Administrators hatte oder sogar eine noch größere. Seit drei Jahren etwa hatte der Gouverneur Fortamps den ganzen Verlehr mit den Wechselagenten in Kauf und Verkauf an Taint überlassen und auch andere Geschäfte wurden mit ihm und durch ihn abgemacht; Fortamps überließ ihm Alles und in der letzten Zeit gingen die Weisungen des Gouverneurs an die Beamten auch durch die Vermittelung von Taint. Ein besonderer Fall zeigt, welch eine bedeutende Persönlichkeit Taint bei der Bank war. Im Mai 1875 brauchte die Bank vier Millionen Francs, um Ausfälle bei der Gesellschaft der Bausins Houillères zu decken. Fortamps biß es nicht für nötig, den Verwaltungsrath darüber zu befragen, sondern gab einfach Taint den Auftrag, zur Beschaffung dieser Summe die nötigen Schritte zu thun. Befragt, wann er die ersten Unterschlagungen begangen, giebt er den Anfang von 1875 an, zur Zeit des Sturzes von Philippart. Er behauptet, 1873 zwei Millionen besessen zu haben und ein Einkommen von 150.000—200.000 Francs. Er behauptet, nach dem Sturze Philippart's nur im Interesse der Bank eine große Menge von Aktien derselben gekauft zu haben, um dieselben steigen zu machen, wie er das auch schon früher gethan hatte. Sein ganzes Vertheidigungssystem besteht darin, daß er nur zum Besten der Bank gehandelt habe, und erst als die dabei erlittenen Verluste über seine Mittel gestiegen seien, habe er sich genötigt gesehen, die Depositen anzugreifen. Die Geschäfte, die Taint an der Börse machte, waren von der größten Bedeutung. Einige Zahlen werden es zeigen. Von 1868 bis 1872 hat Taint durch den Wechselagenten de Bud und dessen Correspondenten an der Börse von Paris und an anderen Plätzen in Speculation auf Terminus: Antläufe 107,758,607 Fr. Verkäufe 107,291,972 Fr. Verlust 454,635 Fr. Die Kurtagte beträgt 187,376 Fr. Er hat aber auch noch mit 20 oder 25 anderen Agenten gearbeitet. Der Anklageact beschuldigt ihn, 42 falsche Register verfertigt zu haben, um seine Diebstähle zu verdecken und fortsetzen zu können; ferner soll er 27 Conto-Currents gefälscht haben, um sich Geld zu seinen BörsenSpeculationen zu schaffen. Diese Fälschungen hat Taint größtentheils eingestanden. Vermittelst der 27 gefälschten Conto-Currents hat er 3 Millionen entwendt; vom December 1875 bis zum Tage der Flucht hat er auf verschiedene Rechnungen, indem er den Namen der Betreffenden missbraucht, Zahlungen bis zum Berlauf von 1,350,000 Fr. etwa erhoben. Die Bank verliert durch die gefälschten Conto-Currents mehr als 1,900,000 Fr.

### Großbritannien.

London, 10. Novbr. [Bei dem gestrigen Lord-Mayors-Bankett] galten die ersten Druckschriften üblicher Weise der Königin, dem königlichen Hause, der Armee, der Flotte. In Beantwortung des letzten Toastes, schreibt man der „R. 3.“, sprach Admiral Saumarez das folze Wort: „Wenn die Flotte aufgerufen werden wird, ihre Pflicht zu thun, so wird sie nicht nur unserem Vaterlande, sondern der ganzen Welt beweisen, daß Britannia noch die Königin der Meere ist.“

Hierauf brachte der Lord-Mayor die Gesundheit der Botschafter und Gesandten aus, worauf Graf Beaufort erwiederte: Er dankte für die Gastlichkeit, für die Gelegenheit, so viele hervorragende Bürger des Landes kennen zu lernen; sprach von der Bedeutung einer wahren constitutionellen Regierung, dem regen Nationalgefühl, welches entweder eine höchst wirkliche Waffe oder eine unübersteigliche Schranke sei und wachsamen Regierungen als der empfindlichste Barometer gelten müsse, und das in keinem Lande sich reiner und von größerer Kraft erwiesen habe, als in England. Dann erwähnte der Redner, daß es das letzte Mal sein werde, daß er diesem Bankette beiwohnen und dem theuren Alt-England sein Lebewohl sagen könne.

„Ich verlasse“ — schloß Beaufort seine Ansprache — „England mit dem Gefühl der tiefsten Dankbarkeit für die Liebenswürdigkeit, die ich überall und immer erfahren habe. Ich verlasse es mit dem Gefühl der höchsten Bewunderung und der wärmsten Sympathie; ich verlasse es mit dem Bewußtsein, nichts vernachlässigt zu haben, was dazu hätte beitragen können; die guten Beziehungen zu festigen, welche zwischen diesem großen Lande und dem Reiche, das zu vertreten ich die Ehre habe, glücklicherweise bestehen. (Beifall.) Eins tröstet mich in meinem Abschiedschmerze, nämlich daß mein Aufenthalt in England mir dort, wo ich erwartet werde, ein gutes Willkommen findet. Man wird wissen, daß ich eine gute Schule verließ, denn

Niemand kann eine Stellung, wie diejenige, welche ich sieben Jahre lang befaßt, innegehabt haben, ohne dadurch die zwei großen Bürgerschaften der internationalen Rühe zu verstören, den hingebenden Sinn für die Freiheit und die strenge Achtung vor dem Gesetz. Möge der Segen der Vorlesung walten über Altinglands Größe, Wohlfahrt und über seiner gnädigsten Herrscherin!"

Nachdem der Lord-Mayor die Gesundheit des Ministeriums ausgesprochen, erhebt sich Lord Beaconsfield, mit langandauerndem Beifall begrüßt, zu folgender Rede:

Mein Lord-Mayor! Zur Zeit, als ich Ihren Vorgänger in diesem Saale bei gleicher Gelegenheit begrüßte, wußte im Osten Europas ein furchtbare Krieg, dessen Ende man nicht absehen konnte. Allgemein befürchtete man, die ganze Welt könnte vielleicht in seinen Strudel gezogen werden. Damals, Mylord, unternahm ich es, unsere Lage als nicht so düster hinzustellen, wie dies allgemein geschah. Ich sprach die Hoffnung, ja, den Glauben aus, daß vor Ablauf des Amtsjahres ein Congreß der Großmächte zusammenentreten, und daß durch ihre Bemühungen uns Friede und eine Lösung der Dinge gebracht werde, welche nicht nur zu einem allgemeinen, sondern auch zu einem dauernden Frieden führen würde. (Beifall.)

Hente aber laufen Gerüchte um, daß diese Lösung der Dinge nichts geordnet habe und daß wir der großen Erfolge beraubt worden seien oder herauftreten würden, auf welche wir nicht nur im Interesse Englands, sondern im Interesse der Menschheit gerechnet hatten. Ich meine nun, daß es bei einer Gelegenheit wie der heutigen vielleicht angemessen sein würde, wenn ich im Namen der Minister Ihrer Majestät, kurz, wie ich hoffe, aber klar, meinen Mitbürgern darlege, welche Ansichten Ihrer Majestät Minister über die gegenwärtige Lage unseres Landes mit Bezug auf die auswärtige Frage haben. Mylord, ich will für einen Augenblick auf den Punkt kommen, den Ew. Lordshaft eben erwähnt haben, nämlich auf die Ereignisse an der nordwestlichen Grenze unseres indischen Reiches. Wenn wir der allgemein verbreiteten Ansicht glauben wollen, so scheint es, daß ein Angriff auf unser Reich bevorsteht und daß er nur vermieden werden kann, indem wir uns in einen Krieg gegen eine große und unbekannte Macht stürzen. Die Aufmerksamkeit des Vicelings und der Regierung in England und Indien ist schon seit längerer Zeit auf die Frage wegen der nordwestlichen Grenze unseres indischen Reiches gerichtet gewesen.

Was nun einen Angriff auf Indien an dieser Stelle angeht, so glaubt die Regierung Ihrer Majestät, daß ein solcher schwer ausführbar ist. (Beifall.) Da die Operationsbasis eines etwaigen Feindes so entfernt ist, da die Verbindungen so schwierig sind und die Gestaltung des Landes so viele Hindernisse bietet, so sind wir lange zu der Ansicht gekommen, daß ein solcher Angriff auf unser Land, bei dem die unsere nordwestliche Grenze bildenden Gebirge überstritten werden müßten, nicht zu fürchten ist. Es ist Thatsache, daß diese Grenze eine zufällige, keine künstliche Grenze ist, und es ist möglich, daß dieselbe sich in der Macht eines Feindes befindet, der unsere Herrschaft so beunruhigen und stören würde, daß wir unter diesen Umständen geneckt wären, an dieser Stelle eine große militärische Streitmacht zu unterhalten und in Folge dessen England und Indien größere Ausgaben aufzuerlegen. Das sind Nebenstände, die nicht unterdrückt werden dürfen, und ich will bemerken, daß sie seit geraumer Zeit unter verschiedenen Vicelings, unter verschiedenen Verwaltungen die Aufmerksamkeit unserer Staatsmänner gefestigt haben. Aber während unsere Aufmerksamkeit natürlicherweise auf diesen Punkt gerichtet war, traten in diesem Theile der Welt einige besondere Umstände ein, welche es unumgänglich nötig machten, daß wir unverzüglich und sehr ernst unsere Aufmerksamkeit auf diesen Punkt richteten, um zu sehen, ob es nicht möglich sei, diese völlige Unzuträglichkeit und die möglicherweise eindringende Gefahr abzuwenden, welche zunehmen müßte oder würde, wenn der gegenwärtige Stand der Dinge nicht von der Regierung der Königin beruhrt und ins Auge gesetzt würde. Im Hinblick hierauf haben wir Maßregeln ergriffen, von denen wir hoffen, daß sie das, was wir wollen, zu Stande bringen werden. Wenn diese Anordnungen getroffen werden — und ich glaube nicht, daß beträchtliche Zeit bis zu ihrer Beendigung verstreichen wird —, dann wird unsere nordwestliche Grenze nicht mehr als eine Quelle der Furcht für das englische Volk betrachtet werden. (Beifall.) Wir werden, wie ich hoffe, in guten Verhältnissen mit unseren unmittelbaren Nachbarn leben und vielleicht nicht in schlechten mit einigen Nachbarn, die weiter entfernt sind.

My Lord Mayor, indem ich diese Bemerkungen mache, freue ich mich, daß Ew. Lordshaft glauben werden, es sei die Ansicht der königlichen Regierung, daß ein Angriff auf Indien unmöglich oder unausführbar sei. Im Gegentheil, wenn Kleinasien und das Cyprusschiff sich in den Händen eines sehr schwachen, aber eines sehr mächtigen Staates befinden, so könnte eine entsprechende Streitmacht durch die Pässe der asiatischen Gebirge, durch Persien marodieren und ganz gewiß das Reich der Königin bedrohen. Nun wohl, diese Möglichkeit haben wir vorgeesehen und in einer Weise vorbereitet, von der wir annehmen können, daß dadurch das Eintreten einer solchen Möglichkeit verhindert wird. Vorzugsweise ist dies durch den Vertrag mit der Türkei geschehen, von dem Sie so viel gehört haben. Durch diesen Vertrag haben wir den Besitz der fraglichen Gegenenden gesichert. Sie werden zur Verfügung unseres Verbündeten bleiben. Zu gleicher Zeit aber wird die Türkei, wenn der Sultan dort hält — und wir zweifeln nicht daran — sich in der Lage eines Verbündeten befinden, welcher durch Unterthanen gesiegt wird, deren Glück sein Ansehen mit jedem Jahre mehr festigen und stärken wird. Indem wir dies zu Stande brachten, besiegten wir die Insel Cypern. Da wir den Sultan ernüthigen, stärken und unterstützen wollten, glaubten wir, daß es nicht gut sein würde, wenn er in Zukunft nur auf eine zweifelhafte oder entfernte Hilfe hinkäme, sondern daß wir mit seinem vollen Einverständnis einen Waffenplatz besetzen müßten, wobei er fühlen würde, daß er, wenn irgend eine Gefahr ihn daran verhindern sollte, die Veränderungen zur Neubebelung seines Landes, welche er auszuführen sich bereit erklärt hat, ins Werk zu setzen, mit Vertrauen auf die Hilfe eines Verbündeten rechnen könnte, der an sein eigenes Gebiet grenzt. Es würde, da ich diesen Punkt berücksichtige, für die Bürger Londons vielleicht nicht uninteressant sein, zu erfahren, daß Cypern für England keine Last sein wird, und daß sogar in diesem Jahre, wenn die Maßregeln der englischen Verwaltung nur teilweise — notwendig nur teilweise — ausgeführt worden sind, Cypern nicht nur die dem Sultan zugesicherte Summe, sondern auch noch die gesamten Kosten der Civilverwaltung decken wird. (Beifall.) Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Verwaltung Cypers durch England einen sehr wohlthätigen und sittlichen Einfluß auf die benachbarten Gebiete des Sultans ausüben wird. Dies war indeß nur eine nebenfachliche Betrachtung bei dem Schritte, den wir gethan haben. Als einen starken Waffenplatz, für den es wegen seiner geographischen Lage und der Mannigfaltigkeit seiner Hilfsquellen so wunderbar geeignet ist, sahen wir Cypers ins Auge, nachdem wir alle übrigen Inseln des östlichen Mittelmeeres geprüft hatten. My Lord, ich habe Ihnen gezeigt, daß das englische Volk, wenn die Politik der Minister Ihrer Majestät ausgeführt, wenn die Berichtigung unserer nordwestlichen Grenze (in Indien) durchgeführt werden, wenn Kleinasien im Besitz unseres Verbündeten bleibt — und es wird meiner Meinung nach in demselben verbleiben — und ein Land wird, welches, wie ich dies von den Schritten erhoffe, die wir jetzt thun, mit jedem Jahre an Glück und Macht wachsen wird, jede Furcht vor einer auswärtigen Bedrohung seines indischen Reiches aus seinem Gemüthe verbannt kann. (Beifall.)

Aber, My Lord Mayor, die orientalische Frage, welche in Federmanns Mund ist, hat ein doppelles Antlitz. Wir müssen nicht nur die Sicherheit unseres indischen Reiches ins Auge fassen, was zwar keine selbstsüchtige Betrachtung ist, denn die übrige Welt ist in gleicher Weise wie England bei dem Ende und der guten Verwaltung Indiens interessiert; aber es gibt noch eine andere Seite der orientalischen Frage, und die betrifft die Unabhängigkeit Europas, insbesondere die der Mittelmächte (hört, hört!), ich wird die schädliche Übermacht eines einzelnen Staates verhindern. (Beifall.) Dieses große Ziel war, so weit die Meinung in England in Frage kommt, nur dadurch zu erreichen, daß der Sultan wahrhaft unabhängig gemacht wurde. Als wir zum Congreß nach Berlin gingen, wurde dieser Punkt in gleicher Weise von allen Mächten anerkannt, welche den Vertrag unterzeichneten. Es ist gesagt worden, daß dem Sultan durch die Bestimmungen des Berliner Friedens Provinzen und mehrere Millionen Unterthanen genommen werden seien. Nun wohl, die Politik, welche auf dem Congreß in Berlin eingeschlagen wurde, war folgende:

Es handelte sich darum, den Sultan aus jenen verderblichen Beziehungen zu Preußens und kleinen Völkerstaaten zu lösen, die verschiedenem Stammes und Glaubens, beständig bereite Werkzeuge eines der Pforte feindlich gesinnten Geistes und Einflusses waren und sich so verhielten, daß der größere Theil des europäischen Gebietes des Sultans der Schauplatt steter Verschwendungen war, die nur mit gelegentlichen Empörungen abwechselten. Um den Sultan von dieser Ursache steter Erziehung zu befreien, traf der Berliner Congreß die Bestimmungen, welche jetzt die Stellung des Sultans in Europa regeln. Dieser Politik folgend, sicherte der Berliner Congreß dem Sultan eine unumkehrbare Hauptstadt, den Schutz, die Wacht und den Besitz der Dar-

bau, reiche Provinzen in der europäischen Türkei, einen sehr verhältnismäßig guten am Schwarzen Meere und, allgemein ausgedrückt, eine verständliche Grenze. Zugleich ist er unter solchen Verhältnissen ein Fürst geworden, der sich auf 20 Millionen Unterthanen stützen kann, welche, wie man bald sehen wird, in ihrer Verwaltung, ihrem Wohlstande, ihren Hilfsquellen und ihrer Macht sich heben werden. Ein so gestellter Fürst würde einen nicht unbedeutlichen Einfluß besitzen und könnte denselben ausüben, um das politische Gleichgewicht aufrecht zu erhalten. Ich weiß, daß man gesagt hat, diese freilich wahrscheinlichen Aussichten seien nicht erfüllt worden und der Berliner Vertrag habe schon gezeigt, daß er die Erfolge, welche er erzielen wollte, nicht zu erreichen im Stande war. My Lord Mayor, wenn die Congreßbestimmungen, die in Berlin ausgeführt wurden, in 24 Stunden erledigt werden können, so wäre ein Congreß unnötig gewesen. Solche hätten auf dem Wege durch die Post oder durch königliche Courier geordnet werden können.

So oft ein Vertrag von einem großen Congreß ausgegangen ist, hat er immer eine gewisse Zeit vorgesehen, innerhalb deren die Ausführung erfolgen soll. Der Berliner Vertrag ist nicht verschieden von den anderen Verträgen in dieser Hinsicht. Eine bestimmte Zeit ist vorgesehen und vorgeschrieben, in welcher Frist die Bestätigung und die Ausführung des Vertrages und dessen sonstige Vorlehrungen ins Werk gesetzt werden sollen. Von dieser Frist ist nicht die Hälfte, nicht mehr als ein Drittel bereits verstrichen. Ist während dieser Zeit unter dem Berliner Vertrag nichts geschehen? Unter den Bestimmungen des Berliner Vertrages hat Russland sich von Konstantinopel zurückgezogen, das in seiner Gewalt war; es hat sich ferner zurückgezogen aus der Meerenge von Gallipoli, neben Konstantinopel in zweiter Reihe von Bedeutung und von Einigen ihm gleich geachtet; Russland hat ferner der Pforte die Stadt Erzerum zurückgegeben, welche wahrscheinlich bald der Schauplatz der stärksten Befestigungen in Kleinasien sein wird; unter den Bestimmungen des Berliner Vertrages hat der Sultan seine Donaufestungen abgegeben und ist der Meerbusen von Batum, der, wie man meinte, nur durch einen blutigen Bürgerkrieg erlangt werden könnte, ohne daß ein Tropfen Blut vergossen worden wäre, abgetreten worden. (Beifall.) Unter den Bestimmungen des Berliner Vertrages sind in diesem Augenblick Comites und Commissionen der geeigneten Personen der verschiedenen Staaten Europas damit beschäftigt, die Grenzlinien für die durch den Berliner Vertrag geschaffenen verschiedenen Staaten und Provinzen festzustellen. Wie hat in dem größten Theil des Vertrages, obschon wenig mehr als drei Monate verstrichen sind, kaum ein Drittel, nicht viel mehr als ein Drittel der vom Congreß vorgesehenen Frist — jetzt dieses große Resultat erzielt werden können? (hört) und wie sollen wir denn nicht glauben, daß alles andere nicht so wichtig, allgemein gesprochen, was noch unerledigt geblieben ist, nicht in der vom Vertrage vorgesehenen Frist sollte fertig gestellt werden? (Beifall.) Das kann ich für Ihrer Majestät Regierung sagen, daß wir keine Anzeige bekommen haben von einer der Mächte, die den Vertrag unterzeichneten, daß sie wünsche oder gewillt sei, der vollen Erfüllung ihrer Verpflichtungen auszuweichen. (Erneuter Beifall.)

Unzweifelhaft wurden bei der Regelung der Angelegenheiten Europas die Forderungen des einen der Kriegsführenden, welcher mit ungeheuren Opfern von Menschen und Geld den Krieg zu siegreichem Ende geführt hat, in Erwägung gezogen und es war notwendig, daß die Ansprüche anerkannt und erworben würden. In erster Stelle, wenn die Mächte nicht bereit waren, diese Ansprüche anzuerkennen und zu erwägen, würde der Congreß eben nicht stattgefunden haben, der Krieg hätte aufs Neue begonnen und wahrscheinlich wäre ein allgemeiner Krieg die Folge gewesen: aber Dank diesen Zusammentreffen und Regulierungen, welche die notwendigen Folgen des von Russland so erfolgreich geführten Krieges waren, hatte der Berliner Congreß die Hauptaufgabe, den Sultan als einen wirklich unabhängigen Fürsten mit einem angemessenen Gebiet in Europa und in Asien hinzustellen und bei der Anerkennung des politischen Gleichgewichts eine Rolle spielen zu lassen; und das war die anerkannte Politik; das war die Politik, die, wie ich glaube, befolgt werden wird. Deswegen muß ich die Meinungen, die zu meiner großen Überraschung in Umlauf gebracht worden sind, verwirren und zurückweisen, daß die Vertragsunterzeichner oder einer derselben die Möglichkeit ins Auge gesetzt habe, ihren Verpflichtungen auszuweichen oder zu entkommen. Man sagt, My Lord, daß man in der Politik das Unmöglichste ins Auge fassen müsse; ich halte es in diesem Augenblick für ganz unmöglich, daß einer der Vertragsunterzeichner in irgend einer Weise versuchen sollte, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen; aber das kann ich Seitens Ihrer Majestät Regierung sagen, daß sie es nicht ist, welche sich ihrer Pflicht entzieht. (Lauter Beifall.) Ich kann Seitens Ihrer Majestät Regierung sagen, daß es ihre Politik und ihr fester Wille ist, daß der Berliner Vertrag in Geist und Wort ausgeführt werde (erneuter Beifall), da nach ihrer Meinung die in dem Vertrage ausgesprochene Ordnung der Dinge dem Fortschritt und der Civilisation der Welt Vorbehalt leistet und wunderbar zweckmäßige Bestimmungen zur Sicherung und Festigung des Friedens in sich schließt. Ihrer Majestät Regierung würde im Nothfall mit Vertrauen auf das Volk dieses Landes appellieren, damit es sie in der Aufrechterhaltung des Buchstabens und vollen Geistes des Berliner Vertrags mit aller Thatkraft und allen Mitteln unterstützen. (Beifall.)

Aber My Lord Mayor, ich werde nicht glauben, daß wir unter irgend einem Umstände in eine Bahn getrieben werden können, welcher wir sonst nicht zu folgen uns entschließen dürfen, weil ich den Vertragsunterzeichner eine ehrenhafte Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu trauen. Ich gebe zu, daß da Artikel in Zeitungen von verschiedener Bedeutung stehen, ich gebe zu, daß es ein nicht gerade zuverlässiges Gerücht ist, ausgegangen von untergeordneten Beamten verschiedener Staaten, die eine abweichende Meinung geäußert haben. Aber die Regierung der Welt wird von Souveränen und Staatsmännern geführt und nicht von anonymen Ariteln (Beifall) oder von dem leichtsinnigen Geschwätz unverantwortlicher Trivialität, und deshalb, My Lord, sehe ich mit Vertrauen dem entgegen, daß der Berliner Vertrag vollständig zur Ausführung gelangt in der dafür vorgesehenen Frist, und ich glaube, daß wir durch Ausführung des Vertrages einen dauernden Frieden in Europa erhalten werden. (Beifall.) My Lord Mayor, ich habe oft beobachtet, daß der October sehr stark in hohen Staatsgeheimnissen ist. (Gelächter.) Der November ist nicht so reich daran. Ich schreibe dies in gewissem Grade dem wohlthätigen Einfluß des Lord Mayors zu. In diesem Tage hat man Gelegenheit, die Stimme der Vernunft und Wahrheit zu hören. (Gelächter und Beifall.) Aber My Lord, wenn das Parlament tagt, ist es erstaunlich, wie die Schwärme aller dieser politischen Wildböse von diesem Lande ausfliegen und das ihnen mehr zugängliche Klima der Intrigue und Täuschung auffinden. (Gelächter.)

Wohlan, My Lord, ich habe über die Lage der Dinge gesprochen ohne Rücksicht. Ich habe es nicht für unangemessen gehalten, Seitens der Regierung Ihnen zu sagen, wie wir die Lage ansehen. Daß der Stand der Dinge gegenwärtig ernst ist, kann nicht bezweifelt werden, weil das immer der Fall ist, wenn eine große Fehlgestaltung vor sich geht und noch nicht fertig ist; aber ich leugne die Gefahr. Ich weiß, es gibt Leute, die meinen, Englands Macht sei in der Abnahme. Wir sind neulich belehrt worden, unser Schicksal werde das von Genua, Benidig und Holland sein. Aber My Lord Mayor, da ist doch ein großer Unterschied zwischen der Lage Englands und jenen malerischen und interessanten Staaten. (hört) Wir haben während langer Zeiten des Wohlstandes eine Nation von 34 Millionen geschaffen, welche geniesen und lange genossen haben die beiden großen Segnungen des bürgerlichen Lebens, Gerechtigkeit und Freiheit. (Beifall.)

My Lord Mayor, eine Nation solchen Gepräges hat eher das Zeug, welche zu gründen als Reiche aufzugeben, und ich hege die Zuberkeit, daß, wenn das Volk Englands sich seiner mutigen und entschlossenen Vorfahren würdig zeigt, wenn England sich selbst treu bleibt, seine Ehre nie erlöschen, seine Macht nie sinken wird. Englands Schicksal ist in Englands Hand; und Sie dürfen nichts geben auf das Gerücht, als fehlte es Ihnen sowohl an Kraft wie an Überzeugungstreue, diese Politik, die Sie als eine Politik der Gerechtigkeit und Wahrheit ansehen, durchzuführen. My Lord Mayor, Sie werden mir erlauben, die Gefundheit des Gastgebers auszubringen, und ich hoffe, daß, wenn wir uns wieder hier treffen, ich oder ein Würdiger als Sie (Aufe: nein! nein!) die Gelegenheit haben werde, Ihnen Glück zu wünschen zu der Stellung, die England schätzt und, weil es sie schätzt, zu behaupten entschlossen ist. (Lauter Beifall.)

Der Marquis von Salzburg richtete darauf einige warme Abschieds- und Anerkennungsworte an den bisherigen Lord Mayor und erinnerte besonders an die unter dessen Aufsicht vorgenommenen Sammlungen zur Linderung der Hungersnoths in China, wofür die chinesische Regierung ihren wärmsten Dank ausgesprochen habe. Während des Krieges, der im verlorenen Jahre gewütet, habe Europa auf Englands Haltung mit größter Spannung hingesehen, und gerade in einem kritischen Augenblick habe der bisherige Lord Mayor in einer seinem hohen Amte entsprechenden Weise den Beweis zu liefern geholfen, daß die größte Stadt des Landes eine würdige Haltung wahrt. Salzburg spricht die Hoffnung aus, daß das Jahr des neuen Lord Mayors ein Jahr rückkehrender Blüthe und stetigen

Friedens sein möge. Aber auch im entgegengesetzten Falle zweifele er nicht, daß der neue Lord Mayor sein Amt in demselben schönen und echt englischen Geiste verrichte, wie es zuletzt Sir Thomas Bawden, dem sein Trinkspruch gelte, wahrgenommen habe.

Die weiteren Reden bieten für ein nicht englisches Publikum kaum Interesse. Nach einigen Dankesworten des letzten Lord Mayors brachte der Vorsitzende die üblichen Trinksprüche auf das Oberhaus, die Richter, das Unterhaus u. s. w. aus, die entsprechend vom Herzog von Northumberland, dem Schatzkanzler und Anderen mit einigen auf innere englische Verhältnisse bezüglichen Worten erwidert wurden. In späteren Nachstunden trennten sich die Festgenossen.

## Provinzial- Zeitung.

L. Breslau, 13. Nov. [Röppell-Feier.] Am verlorenen Sonnabend fand im großen Saale des Hotel de Silére der Commers zu Ehren des 70. Geburtstages des Herrn Prof. Dr. Richard Röppell statt. Der akadem.-hist. Verein, von dem diese Feier ausging, resp. das aus jehigen und früheren Mitgliedern gebildete Comité (Seminardirektor Dr. Nissle, Oberlehrer Dr. Süß, Regierungs- und Schulrat Dr. Pollock, Gymnasiallehrer Dr. Badi, Realchullehrer Dr. Schröder, Cand. hist. Adler, Stud. phil. Hieronymi, Stud. hist. Neustadt, Stud. hist. Wazalo, Cand. hist. Altmaier, Cand. hist. Bever) hatte seine Mühe und Kosten gescheut, um der Feier einen würdigen Verlauf zu sichern. Wie zu erwarten stand, hatte sich eine große Zahl von Festteilnehmern eingefunden aus studentischen wie nichtstudentischen Kreisen, aus ersten auch eine Anzahl von Deputationen, die Namens ihrer Corporationen ihre Glückwünsche darbrachten. Von speziellen Collegen des Jubilars bewirten wir die Herren Professoren Dr. Herz, Junkmann, Reiferscheid, Caro, Dove, Freudenthal, Grünhagen. Auch aus der Provinz waren Manche herbeigeeilt, um an der Feier teilzunehmen. Um 8½ Uhr eröffnete der Jubilar, der von einer Deputation des Comités abgeholt worden war, empfangen unter herzlichster Begrüßung der Festversammlung. Der Commers, der nun seinen Anfang nahm, wurde von Dr. Schröder unter großem Geschick und mit trefflicher Umsicht geleitet. Nach einigen Worten der Bewilligung Seitens des genannten Präsidiums, wurde die Reihe der allgemeinen Lieder eröffnet unter denen namentlich ein von Herrn stud. phil. Hieronymi eigens verfasstes und auf die Feier bezügliches Lied vom alten Röppell sehr befällig aufgenommen wurde. Den Reigen der Topte inaugurierte Herr Seminar-Director Dr. Nissle, der als Gründer des akademisch-historischen Vereins Namens desselben den Jubilar in schwungvoller Rede feierte und seine Verdienste um Saat und Gemeinde, Universität und Studentenschaft und nicht zum Geringsten um die Wissenschaft in höchst würdevoller und ansprechender Weise hervorholte. So war der Anfang gemacht, und nun folgte ein Trinkspruch dem anderen, zumeist namentlich die des Jubilars, von lauten Kundgebungen des Beifalls unterbrochen. Wir wollen hier nur erwähnen den Toast des Prof. Herz auf die Familie Röppel, des Ältesten Tillig auf die Frauen, des Oberlehrer Süß auf die alma mater, des Prof. Junckmann auf die sancta concordia, des Dr. Handlos auf Prof. Junckmann, des Archivarath Grünhagen auf den Präsident Dr. Schröder, des Jubilars auf den akademisch-historischen Verein und schließlich auf den Altmeister deutscher Geschichtswissenschaften, auf Leopold von Ranke, dem hierbei telegraphic Mittteilung gemacht wurde. Ein von Herrn stud. Hieronymi komponirter vortrefflicher Röppel-Marsch erzielte so großen Beifall, daß er auf mehrfach gehörsamen Wunsch dreimal wiederholt werden mußte. Den Höhepunkt erreichte die Feier beim Verlesen der von den Hrn. stud. Adler und Hieronymi verfassten „Bierzeitung“, die durch ihren gefundenen Humor und Witz und Wirkung wünschliche Heiterkeit erregte. Wie wir hören, sollen auf Wunsch der Festversammlung sowohl der Röppel-Marsch als auch die Bierzeitung autographiert werden. Erst nach 1 Uhr endete, nachdem sich der Jubilar unter herzlichen Dankesworten empfohlen hatte, der offizielle Theil des Commerses und jeder schied mit dem frohen Bewußtsein, einen recht fröhlichen Abend verlebt zu haben.

S. Breslau, 12. Novbr. [Schwurgericht. — Beträglich er Bandenkrot.] In der heut gegen den Kaufmann Emanuel Jacobowitz aus Breslau verhandelten, auf betrügerischen Bandenkrot lautenden Anklage, zogen sich die Geschworenen um 6 Uhr Abends zur Fällung des Wahrspruchs zurück. Nach ½ stündiger Berathung erklärten sie den Angeklagten für „Schuldig“, bewilligten jedoch mildernde Umstände. Der Gerichtshof sprach eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr aus, rechnete aber hiervon 4 Monate als durch die Untersuchungshaft für verbüßt.

\* Breslau, 13. Nov. [Große Jagdeute.] Aus Pleß meldet man: Am 4., 5. und 6. November wurden von 7 Schülern: Fürst Hatzfeld, Prinz Reuß, Graf Armin-Borckenhain, Graf Georg Lehndorff, Herr von der Schulenburg, Graf Fred Frankenberg und dem Fürsten von Pleß als Jagdherrn erlegt: 4 aufgesetzte Rebböcke, 1000 Fasanenhähne, 605 Hasen, 9 Rebhühner, 3 Schnecken, 15 Kaninchen, zw. 1636 Stück. Graf Frankenberg war an allen 3 Tagen nach dem „D.“ Jagdkönig. Der Jagdherr erlegte 369 Stück. Das heftige Schneetreiben am Montag beeinträchtigte die Jagd dieses Tages ganz außerordentlich und erschien darum das glänzende Resultat um so bewundernswertwer.

[Aus Grafsch.,] vom 10. d. wird der Kreuz-Zeitung geschrieben: Heute Sonntag, Mittags 1 Uhr, verschied nach dreimäthtelichem Krankenlager im 88. Lebensjahr Graf Adalbert v. d. Recke-Bolinestein. In weitesten Kreisen gefeiert durch die Gründung der Rettungsanstalten zu Overbeck und Dütschthal, sowie des deutschen Samariter-Ordens-Stiftes zu Grafsch. — Dem Vernehmen nach findet die Beerdigungsfeier Mittwoch, den 13. d. M., Nachmittags

Prioritäten 4,18 bez., dr. Papier-Dollars 4,16 bez., 6% New-York-City 4,18 bez., Russ. Central-Boden min. 20 Pf. Paris, do. Papier und dfl. min. 75 Pf. t. Pet., Poln. Papier u. dfl. min. 75 Pf. Warschau.  
Russ.-Ena. cons. verl. 20,48 bez., Russ. Zoll 20,48 bez., 22er Russen —  
Große Russ. Staatsbahn 20,20 bez., Russ. Boden-Credit 20,30 bez.,  
Warschau-Wiener Comm. 20,15 bez., 8% Rumänische Staats-Anleihe —,  
Warschau-Terespol 20,15 bez., 3% und 5% Lombard min. 10 Pf. Paris,  
Diverse in Paris zahlbar min. 20 Pf. Paris, Holländische min. 15 Pf.  
Amsterdam, Schweizer minus 50 Pf. Paris, Belgische minus 30 Pf. Brüssel,  
Berl. Lstr.-Obligat. 20,37 bez.

## Berliner Börse vom 12. November 1878.

### Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	49,40	bz	
Consolidierte Anleihe	41/2	104,40	bzB
do. do. 1876	44,75	bz	
Staats-Anleihe	44,75	G	
Staats-Schuldscheine	31/2	92,00	G
Präm.-Anleihe v. 1855	31/2	145,30	bz
Berliner Stadt-Oblig.	41/2	102,10	bzB
Pommersche	31/2	84,40	bz
do. do.	41/2	102,60	bz
Posensche neue	41/2	94,70	bz
Schlesische	31/2	94,70	bz
Kur.-u. Neumärk.	41/2	96,30	bz
Pommersche	41/2	96,00	bz
Preussische	41/2	95,10	bz
Westfäl. u. Rhein.	41/2	94,80	G
Posensche	41/2	98,50	bz
Sächsische	41/2	98,00	bz
& Schlesische	41/2	96,40	bz
Badische Präm.-Anl.	41/2	121,00	bz
Baierische 40% Anleihe	41/2	123,25	G
Cöln-Mind.-Prämiensc	31/2	116,60	bz
Fächs. Rente von 1876	3	72,60	G

Ducaten	—	Dollars 4,18 G
Sover. 20,42ethz	Oest. Bkn. 172,63bz	
Napoleon 16,19 B	do. Silbergd. 173 B	
Imperial	Buss. Bkn. 198,70 bz	

### Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	107,90	bz		
Enk. Pfd. d. Pr. Hyp. B.	41/2	96,00	bzG	
do. do.	5	102,00	bzG	
Deutsche Hyp.-Pfd.	41/2	94,90	bzG	
do. do.	5	100,10	bzG	
Kündbr. Cent.-Bd.-Cr.	41/2	100,00	G	
Unkünd. do. (1872)	5	101,20	G	
do. rückzb. a. 110	5	106,00	G	
do. do. do.	41/2	98,50	bz	
Unk. H. d. Pr. Bd. Cr. B.	5	99,00	bzG	
do. III. En. do.	5	100,00	bz	
Kündbr. Hyp.-Schuld.	5	100,00	bz	
Hyp.-Anth. Nord.-G.C.-B	5	93,75	bzG	
do. do. Pfandbr.	5	95,75	bzG	
Pomm. Hyp.-Briefe	5	97 G		
do. do. II. Em. 5	92,00	G		
Goth. Präm.-Pf. I. Em. 5	106,90	bz		
do. do. II. Em. 5	105,00	etbzB		
do. 50% Pf. kzlbr. m. 110	98,20	bz		
do. 41/2% do. m. 110	91,00	bz		
Meiningen Präm.-Pfd.	41/2	108,90	bz	
Pfd. B. Oest. Bd. Cr. Ge.	5	95,50	G	
Schles. Bodenr. Pfad.	5	99,40	bz	
do. do.	41/2	95,25	bzG	
Südd. Bod. Cred.-Pfd.	5	102,75	G	
do. do. 41/2%	41/2	98,70	G	

### Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. I. 1/1,7.	43/5	53,50	bz
do. 1/4,1-10-	53,60	bz	
do. Goldrente	4	61,40	bz
do. Papierrente	41/2	52,30	G
do. 54er Präm.-Anl.	41/2	99,50	bz
do. Lott.-Anl. v. 60	5	106,25	bzG
do. Credit-Loos.	fr.	255,75	bz
do. 64er Loose	fr.	259,00	B
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	144,75	G
do. do. 1866	5	142,40	bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	72,80	bz
do. Cent.-Bd.-Cr. Pfad.	5	73 G	
Russ.-Poln.-Schatz-Ob.	4	78,60	
Poin. Pfndbr. III. Em. 5	60,25	bz	
Poin. Liquid.-Pfandbr.	4	54,20	bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,90	G
do. do. 1885	5	99,70	G
do. 50% Anleihe	5	104,10	G
Ital. 50% Anleihe	5	73,50	G
do. do. 1866	5	142,40	bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	72,80	bz
do. Cent.-Bd.-Cr. Pfad.	5	73 G	
Russ.-Poln.-Schatz-Ob.	4	78,60	
Poin. Pfndbr. III. Em. 5	60,25	bz	
Poin. Liquid.-Pfandbr.	4	54,20	bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,90	G
do. do. 1885	5	99,70	G
do. 50% Anleihe	5	104,10	G
Ital. 50% Anleihe	5	73,50	G
do. do. 1866	5	142,40	bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	72,80	bz
do. Cent.-Bd.-Cr. Pfad.	5	73 G	
Russ.-Poln.-Schatz-Ob.	4	78,60	
Poin. Pfndbr. III. Em. 5	60,25	bz	
Poin. Liquid.-Pfandbr.	4	54,20	bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,90	G
do. do. 1885	5	99,70	G
do. 50% Anleihe	5	104,10	G
do. do. 1866	5	142,40	bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	72,80	bz
do. Cent.-Bd.-Cr. Pfad.	5	73 G	
Russ.-Poln.-Schatz-Ob.	4	78,60	
Poin. Pfndbr. III. Em. 5	60,25	bz	
Poin. Liquid.-Pfandbr.	4	54,20	bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,90	G
do. do. 1885	5	99,70	G
do. 50% Anleihe	5	104,10	G
do. do. 1866	5	142,40	bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	72,80	bz
do. Cent.-Bd.-Cr. Pfad.	5	73 G	
Russ.-Poln.-Schatz-Ob.	4	78,60	
Poin. Pfndbr. III. Em. 5	60,25	bz	
Poin. Liquid.-Pfandbr.	4	54,20	bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,90	G
do. do. 1885	5	99,70	G
do. 50% Anleihe	5	104,10	G
do. do. 1866	5	142,40	bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	72,80	bz
do. Cent.-Bd.-Cr. Pfad.	5	73 G	
Russ.-Poln.-Schatz-Ob.	4	78,60	
Poin. Pfndbr. III. Em. 5	60,25	bz	
Poin. Liquid.-Pfandbr.	4	54,20	bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,90	G
do. do. 1885	5	99,70	G
do. 50% Anleihe	5	104,10	G
do. do. 1866	5	142,40	bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	72,80	bz
do. Cent.-Bd.-Cr. Pfad.	5	73 G	
Russ.-Poln.-Schatz-Ob.	4	78,60	
Poin. Pfndbr. III. Em. 5	60,25	bz	
Poin. Liquid.-Pfandbr.	4	54,20	bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,90	G
do. do. 1885	5	99,70	G
do. 50% Anleihe	5	104,10	G
do. do. 1866	5	142,40	bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	72,80	bz
do. Cent.-Bd.-Cr. Pfad.	5	73 G	
Russ.-Poln.-Schatz-Ob.	4	78,60	
Poin. Pfndbr. III. Em. 5	60,25	bz	
Poin. Liquid.-Pfandbr.	4	54,20	bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,90	G
do. do. 1885	5	99,70	G
do. 50% Anleihe	5	104,10	G
do. do. 1866	5	142,40	bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	72,80	bz
do. Cent.-Bd.-Cr. Pfad.	5	73 G	
Russ.-Poln.-Schatz-Ob.	4	78,60	
Poin. Pfndbr. III. Em. 5	60,25	bz	
Poin. Liquid.-Pfandbr.	4	54,20	bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,90	G
do. do. 1885	5	99,70	G
do. 50% Anleihe	5	104,10	G
do. do. 1866	5	142,40	bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	72,80	bz
do. Cent.-Bd.-Cr. Pfad.	5	73 G	
Russ.-Poln.-Schatz-Ob.	4	78,60	
Poin. Pfndbr. III. Em. 5	60,25	bz	
Poin. Liquid.-Pfandbr.	4	54,20	bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,90	G
do. do. 1885	5	99,70	G
do. 50% Anleihe	5	104,10	G
do. do. 1866	5	142,40	bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	72,80	bz
do. Cent.-Bd.-Cr. Pfad.	5	73 G	
Russ.-Poln.-Schatz-Ob.	4		